



2020/30 dschungel

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/30/der-blinde-fleck-der-gerechtigkeitsdebatte>

Der Hashtag #JewishPrivilege erinnert an die antiemanzipatorische Stoßrichtung der Debatte über Privilegien

Der blinde Fleck der Gerechtigkeitsdebatte

Von **Bernhard Pirkl**

Der Hashtag #JewishPrivilege erfreute sich in letzter Zeit wieder größerer Beliebtheit. Abgesehen von der klar antisemitischen Stoßrichtung ist auch zu kritisieren, wie der Begriff des Privilegs verwendet wird. Die Autorin Phoebe Maltz Bovy hat das schon vor drei Jahren getan.

In den vergangenen Wochen hat in den sozialen Medien, allen voran bei Twitter, den antisemitischen Hashtag #JewishPrivilege wieder vermehrt die Runde gemacht. Angesichts der zahlreichen sehr unterschiedlichen Nutzer des Hashtags war nicht gleich zu erkennen, ob es seinen Ursprung bei White-Power-Nazis, Unterstützern von Black Lives Matter (BLM) oder Verschwörungstheoretikern hat. Vieles deutet darauf hin, dass es sich um Erstere handelte: die Anti-Defamation League etwa verwies in diesem Zusammenhang auf einen Flyer, der bereits 2017 an der Universität von Chicago aufgetaucht war und auf den ersten Blick die Terminologie des intersektionalen Antirassismus aufgreift, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit ein rechter Sabotageversuch war; jedenfalls gab es damals keine BLM-Anhänger, die ihn verteilt hätten.

Jeder zivilisatorische Mindeststandard kann spätestens seit den Neunzigern zum »Privileg« umdefiniert werden. Deswegen betont Maltz Bovy, dass es zum Beispiel kein Privileg ist, im Umgang mit staatlichen Autoritäten körperlich unverseht zu bleiben, sondern schlichtweg ein Recht.

Dennoch: Auf dem Flyer stand, Juden hätten einen besonderen Einfluss zum Beispiel auf Einrichtungen der höheren Bildung und studierten deswegen überproportional häufig an Eliteuniversitäten der »Ivy League«, verbunden mit der Losung: »Ending Jewish Privilege«. Solche Gerüchte erfreuen sich sowohl bei weißen Rechtsextremen als auch bei schwarzen Nationalisten ungebrochener Beliebtheit. Zuletzt machten aktivistisch gesinnte Prominente wie der Rapper Ice Cube oder der Football-Spieler DeSean Jackson mit einschlägigen Äußerungen von sich reden. Anlass zur Entwarnung gibt es also nicht, und auch wenn der Flyer und der Hashtag nicht aus der aktivistischen Linken stammen sollten, bleibt die Frage, wieso der Diskurs über »Privilegien« so leicht von der Rechten gekapert werden kann.

Die kanadische Autorin Phoebe Maltz Bovy hat bereits 2017 den privilege turn kritisch untersucht. Bereits im Titel ihres Buches »The Perils of ›Privilege‹: Why Injustice Can't Be Solved by Accusing Others of Advantage« kündigt sich ihr Urteil an, dass es sich bei dem Begriff des Privilegs ein zwiespältiges bis ungeeignetes Mittel handelt, soziale Probleme akkurat zu erfassen.

Privilegien sind, wie Maltz Bovy schreibt, in der progressiven Linken recht schlicht und zunächst unauffällig als »unverdiente Vorteile« definiert. Allerdings ist schon dieser Ausgangspunkt alles andere als harmlos, denn wer beklagt, dass manche Vorteile unverdient seien, gibt zu erkennen, dass er an Vorteilen als solchen wenig oder gar keinen Anstoß nimmt. Es muss also dringend auf das Missverständnis aufmerksam gemacht werden, es handele sich bei der Diskussion um Privilegien um eine zeitgenössische Form des Klassenkampfes im identitätspolitischen Gewand. Vielmehr kann es dabei schon rein begriffslogisch um kaum mehr als eine Angleichung der Startbedingungen in der kapitalistischen Konkurrenz gehen: Wer Vorteile hat, soll sich diese bitte auch hart erarbeitet haben.

Dementsprechend erfreute sich der Begriff traditionell und bis heute auch bei der politischen Rechten großer Beliebtheit, was wegen seiner Konjunktur in der linksliberalen Publizistik leicht in Vergessenheit gerät; daran zu erinnern, ist ein weiteres Verdienst Maltz Bovys. Konservativen und Rechtspopulisten dient das kritisch scheinende Sprechen über Privilegien rhetorisch der Evokation des »schaffenden Kapitals« beziehungsweise des *self-made man* als Gegenbild zum Feindbild der »liberalen Eliten«, die ihre Position allein ihrem – eben unverdienten – Wohlstand verdanken. »Privileg« ist also in gewisser Weise eher ein Kampfbegriff des Kleinbürgertums, was vermutlich nicht unbedeutend für den antisemitischen Drall ist, der ihm offenbar eignet.

Die Beliebtheit des Begriffs bei Teilen der Linken ist also durchaus erklärungsbedürftig, denn bei Lichte betrachtet handelt es sich um wenig mehr als die diskursive Begleitmusik zum universalisierten neoliberalen Unterbietungswettbewerb: Jeder zivilisatorische Mindeststandard kann spätestens seit den neunziger Jahren zum »Privileg« umdefiniert werden. Deswegen legt Maltz Bovy auch zu Recht Wert darauf, zu betonen, dass es zum Beispiel kein Privileg ist, im Umgang mit staatlichen Autoritäten körperlich unversehrt zu bleiben, sondern schlichtweg ein Recht.

Als Symptom fügt sich der Diskurs über Privilegien in Mark Fishers Diagnose, dass die »Abschaffung der Zukunft« im Neoliberalismus mit einer »Deflation von Erwartungen« einhergehe. Der Begriff des Privilegs bietet nicht nur einen Analyserahmen, der soziale Ungleichheit systematisch verfehlen muss, weil er Klassen- und Produktionsverhältnisse ignoriert; er bietet auch keine echte emanzipatorische Perspektive, sondern nur die, die Verhältnisse rein immanent »gerechter« zu gestalten. Das geht allerdings auch, indem man die Menschen möglichst paritätisch verelenden lässt. Es ist dieser blinde Fleck derzeitiger Gerechtigkeitsdebatten, der sowohl deren Beliebtheit erklärt – weil er ihren Konformismus verrät – als auch das Ressentiment erzeugt, das sich immer wieder äußert und für das der erwähnte Hashtag *pars pro toto* steht. Tatsächlich wird der Kapitalismus ja kontinuierlich gerechter und diverser, wie unlängst der Marketing-Überbietungswettbewerb unterschiedlichster Unternehmen in Sachen BLM gezeigt hat, die mit ihren Solidaritätsadressen nicht geizten.

Fisher schreibt in »Gespenster meines Lebens«, Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus hätten signifikante Fortschritte erzielt, während der Sozialstaat rapide abgebaut wurde, ja, die »Desartikulation von Klasse, ›Rasse«, Gender und sexueller Orientierung« sei gar »zentral für den Erfolg des neoliberalen Projekts« gewesen. Allein, die Schäden und Ungerechtigkeiten dieser Wirtschaftsweise wollen einfach nicht verschwinden, ganz im Gegenteil. Der kapitalistische Realismus des Diskurses über Privilegien kann also fast zwangsläufig nur einen Schluss übriglassen: Es muss jemanden geben, der im Hintergrund ein faules Spiel treibt, und - wenig überraschend trifft es wieder einmal die Juden.

Die Rechten, die den Hashtag #JewishPrivilege mutmaßlich initiiert haben, wissen offenbar recht gut, wo sie die Linke treffen können, denn wie Moishe Postone betont hat, eignet dem modernen Antisemitismus ein (pseudo-)emanzipatorischer Impetus, weswegen er gerade für die politische Linke ein so hartnäckiges Problem darstellt. Auf der anderen Seite - und man möchte fast sagen: kongenial - verhindert der hegemoniale antirassistische Diskurs eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, worauf zuletzt die österreichische Soziologin Karin Stögner hingewiesen hat: Viele Antirassisten hätten große Schwierigkeiten, zu begreifen, wie Antisemitismus funktioniert. Sie verstünden Antisemitismus nur als eine Form des Rassismus, während sie Rassismus selbst auf die Dichotomie von Weiß und Schwarz reduzieren, wobei Juden implizit oder explizit als »weiß« identifiziert werden - also als Privilegierte.

Die Reibungslosigkeit, mit der diese Rhetorik an antisemitische Verschwörungstheorien anschließen kann, sollte der Linken dringenden Anlass zu einer fundamentalen Selbstkritik bieten. Sie ist auch ein Hinweis darauf, dass der Linken ein genuin emanzipatorisches Projekt abhanden gekommen ist: die Kritik der Klassen- und Produktionsverhältnisse.